

## **Antragsteller\*in:**

Jacob Pfeifer (Kreisverband Die Linke Wittenberg)

## **Änderungsantrag Nr. 50**

*Die Zeilen 368 – 397 sollen wie folgt geändert werden:*

~~Der Frieden ist nicht alles, aber Alles ist ohne den Frieden nichts (W. Brandt)~~

~~Kapitalismus ist Krieg; Sozialismus ist Frieden. (Karl Liebknecht)~~

Bei vielen Menschen in Sachsen-Anhalt hat die Angst vor einem Krieg zu einer großen Verunsicherung geführt.

Die Welt scheint aus den Fugen.

Ob Russland oder die *NATO mit den USA* an vorderster Front – der Krieg wird wieder als legitimes Mittel nationaler Interessen propagiert und eingesetzt.

Die Antwort von AfD *über SPD* bis Grünen ist aber nicht der Einsatz für das Völkerrecht, Abrüstung und Interessenausgleich, sondern die Herstellung einer nationalen Kriegstüchtigkeit.

Es ist unsere feste Überzeugung, dass dieser Weg weder Europa noch Sachsen-Anhalt sicherer werden lässt, sondern uns in eine immer gefährlicher werdende Spirale von Militarisierung, Aufrüstung und Bedrohung hineinzieht.

Eine solche Politik raubt uns auch die Mittel für die soziale Sicherung, eine bessere Bildung und den Umbau der Industrie.

*Als Linke setzen wir uns daher für eine konsequente Friedens- und Abrüstungspolitik ein. Wir wollen zivile Freiräume stärken.*

*Wir stehen für freie und zivile Bildung und Forschung, die den Frieden und die Zusammenarbeit der Völker fördern!*

*Die Linke will Krieg und Militarisierung überwinden und lehnt Einsätze der Bundeswehr im Inland und Ausland konsequent ab.*

Deshalb streiten wir:

- gegen die Erhöhung der Militärausgaben auf 5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, die nicht die Sicherheit, sondern lediglich die Profitrate von deutschen und amerikanischen Rüstungskonzernen verbessert.
- gegen die schrittweise Einführung der Wehrpflicht, die die jungen Menschen ihrer Freiheit beraubt und ihre Kraft und Energie, die dringend für die Lösung der wichtigen Menschheitsfragen gebraucht werden, sinnlos verschleudert.
- weiterhin für die friedliche Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide und positionieren uns gegen die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle, sowie gegen militärische Nutzung des Standorts Holzdorf.
- für die Unterzeichnung des ICAN-Appell (für ein atomwaffenfreies Sachsen-Anhalt), wie in Bremen, Berlin, Hamburg und Rheinland-Pfalz analog bereits geschehen.
- für den sofortigen Stopp von Anwerbe-Versuchen der Bundeswehr in Schulen, Hochschulen, bei Ausbildungsmessen und Arbeitsagenturen. Bundeswehr raus aus den Schulen und Bildungseinrichtungen!
- gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Nein zur Wehrrfassung junger Menschen und zu allen Zwangsdiensten! Stattdessen wollen wir zivile und gesellschaftliche sinnvolle Formen von Freiwilligendiensten, die gut finanziell ausgestattet sind und fachlich begleitet werden.
- Im Rahmen des sogenannten Operationsplans Deutschland sollen auch Bundesländer und Kommunen fit gemacht werden für einen Kriegsfall und für den Aufmarsch von NATO-Militärs Richtung Osten. Dafür soll systematisch ziviles Personal und zivile Infrastruktur (von Brücken bis Krankenhäuser) für die militärische Mobilisierung vorbereitet werden. Die Linke lehnt eine

*Indienststellung ziviler Ressourcen fürs Militär ab und fordert Aktionspläne für rein zivile Konfliktbearbeitung.*

*Eine friedliche Welt ist möglich und wir stehen bei unserem Einsatz dafür nicht allein. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn nicht das Kapital, sondern der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt des Handelns stehen. Uns ist bewusst, dass Kriege so lange geführt werden, wie sie Profit bringen. Wir wissen, dass Krieg und Kapital untrennbar miteinander verbunden sind. Ebenso klar ist uns, dass Frieden und Sozialismus untrennbar miteinander verbunden sind.*

*Keine sogenannte „neue globale Architektur“ kann den Völkern Frieden und Sicherheit garantieren. Die Lösung liegt in der Stärkung einer antimilitaristischen Politik und der Stärkung der Arbeiter\*innen, um sich gegen Kriege zu stellen und das System infrage zu stellen, dass sie hervorbringt: den Kapitalismus.*

*Die Friedenssehnsucht der übergroßen Zahl der Menschen in unserem Land können wir für eine antimilitaristische Politik mobilisieren.*

#### Begründung:

Das Wahlprogramm benennt völlig richtig die Aufrüstung und den gegenwärtig Versuch der Regierung, Deutschland kriegstüchtig zu machen. Es ist Aufgabe der Partei Die Linke, antimilitaristische Politik zu betreiben und sich konsequent für Abrüstung und Frieden einzusetzen.

Dabei stützt sich Aufrüstung auf zwei Grundpfeiler:

Einerseits auf die Wiedereinführung der Wehrpflicht zur Beschaffung der nötigen menschlichen Ressourcen und andererseits auf die Erhöhung der Rüstungsausgaben. Beidem gilt es entschieden zu widersprechen.

Eine Welt ohne Krieg kennt auch keine kapitalistischen Interessen mehr. Demnach ist die Analyse im Wahlprogramm bisher unvollständig. Denn eine friedliche Welt ist nur möglich, wenn eine Welt möglich ist, in der die Bedürfnisse der Menschen nicht dem Kapital untergeordnet werden. Solange bei Rheinmetall und Co. die Gewinne steigen und die Sektkorken knallen, wird es Kriege geben.

Am Ende stehen sich an der Front Menschen gegenüber, die mehr miteinander gemeinsam haben als mit den Menschen, die sie dorthin geschickt haben. Denn es sind nicht die großen Staatsmänner und Konzernchef, die an die Front gehen, sondern die einfachen Menschen. Kriege und Militarismus müssen daher im Zusammenhang mit dem Kapitalismus analysiert werden. Auf diese wirtschaftliche Komponente muss hingewiesen und sich den wirtschaftlichen Ursprüngen genauso entschieden als Partei entgegengestellt werden, wie der Aufrüstung des Landes.

Folgt man dieser Analyse, lässt sich die Schlussfolgerung mit den Worten Karl Liebknechts zusammenfassen: „Kapitalismus ist Krieg; Sozialismus ist Frieden.“

Ein Wahlprogramm für die nächsten Jahre ist unvollständig, wenn es dies ausblendet.